

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



**Erstauf:**  
an allen Werktagen.  
Abonnement  
in der Stadt vierteljährlich M. 1.35  
monatlich 45 Pf.  
Bei allen wirtsch. Postanschriften  
und Adressen im Orts- u. Nachbar-  
ortsverzeichnis vierteljährlich M. 1.35,  
ausserhalb desselben M. 1.35,  
hieszu Bestellgeld 30 Pf.  
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Vertändigungsblatt  
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,  
Enzklösterle u.  
während der Saison mit  
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pf.  
Auswärtige 10 Pf., die klein-  
spaltige Garmondzeile.  
Reklamen 15 Pf. die  
Petitzelle.  
Bei Wiederholungen entspr.  
Rabatt.  
Fremdenliste  
nach Uebereinkunft.  
Telegramm-Adresse:  
Schwarzwälder Wildbau.

Nr. 100.

Dienstag, den 30. April 1912

29. Jahrg.

### Die Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei.

Stuttgart, 28. April.

Ein glänzendes Bild bot die heutige Landesversammlung der württ. Volkspartei. Schon lange vor Beginn der Versammlung füllten sich die großen Räume des Kongresssaals der Lieberhalle. Saal und Tribünen waren zum Brechen voll.

#### Professor Hoffmann

begrißte namens der Fortschrittlichen Volkspartei. Er freute sich auszusprechen, daß die Versammlung trotz der Verschiebung so stark besucht sei. Die Verschiebung war notwendig infolge der Reichstagswahl. All denen, die damals mitgearbeitet haben, ist der herzlichste Dank auszusprechen (Bravo). Breite Väden hat der Tod eingegriffen. Nachdem der Redner die Namen der gestorbenen Parteifreunde verlesen hatte, erhob sich die Versammlung zu ehrendem Andenken von den Sigen.

Zum Vorsitzenden des Büreaus wurde Herr Reichstagsabg. Hähule-Ulm gewählt. Hähule übernahm den Vorsitz mit Worten des Dankes; er wisse sehr wohl, daß die Wahl nicht seiner Person gelte, sondern der Eroberung des 14. Reichstagswahlkreises. Zu Beisitzern wurden bezogen Herr Dr. Heilmann und Herr Voltinger-Spaichingen.

Herr Reichstagsabg. Hähule-Ulm übernahm den Vorsitz mit Worten des Dankes; er wisse sehr wohl, daß die Wahl nicht seiner Person gelte, sondern der Eroberung des 14. Reichstagswahlkreises. Zu Beisitzern wurden bezogen Herr Dr. Heilmann und Herr Voltinger-Spaichingen.

#### Den Geschäftsbericht

erstattete Parteisekretär Staudenmeyer.

Das Jahr 1911 war ein Kampfsjahr für die Fortschrittliche Volkspartei in Württemberg. Eine Reihe Landtagswahlen waren durchzulämpfen und die Reichstagswahlen haben in einem noch nie erreichten Maße die allergrößten Anstrengungen an die Partei und ihre Mitglieder gestellt. Aber die Partei war diesem Ansturm gewachsen und sie kann mit Selbstbewußtsein auf den Erfolg ihrer Tätigkeit zurückblicken. Zwar ist es zu unserem lebhaftesten Bedauern nicht gelungen, den 3. (Heilbronn) Reichstagswahlkreis der Partei und damit dem Reichstag eine Persönlichkeit von der Bedeutung Kaumanns zu erhalten, und es war gegenüber dem Terrorismus des Bündlerismus und der nicht rechtlichen Unterdrückung durch die Sozialdemokratie auch nicht möglich, den 11. (Gall) Reichstagswahlkreis zu erobern; auch der 15. Wahlkreis konnte trotz ausdauernder Arbeit nicht gewonnen werden. Aber die Abgeordneten Boyer, Hausmann und Schweighardt sind wieder als Vertreter

ihres bisherigen Wahlkreises in den Reichstag eingezogen. Zu ihnen treten Dießing-Lüdingen für den 8. und Günther-Schornberg, der den 10. Wahlkreis gegen dem mächtigen Angriff der Sozialdemokratie gehalten, sowie Hähule-Ulm, der den vielumstrittenen 14. (Ulmer) Wahlkreis nach dem Bund der Landwirte und Zentrum gegenüber erklämpft hatte. Ueberall und von allen Mitgliedern der Partei ist die erforderliche Arbeit, die umfangreicher und schwieriger war als je zuvor, lebendig und selbstlos geleistet worden. Besonders dank schulde dabei die Partei dem Kandidaten Schöb-Müller, für den die Kandidatur noch ein großes persönliches Opfer bedeutete, und Hubel-Wippingen, der unentwegt und rastlos einen wenig aussichtsreichen Kampf aufgenommen hat. Die Fusion der liberalen Parteien im Reich hat im Reichstagswahlkampf von 1911-12 ihre Feuerprobe glänzend bestanden. Das Wahlbündnis mit der nationalliberalen Partei für die Reichstagswahlen hat die erhoffte Wirkung gezeigt: Der schwarz-blaue Block hat in Württemberg ein Mandat verloren, ein zweites nur mit Mühe gehalten. Das Zusammenarbeiten der beiden liberalen Parteien war ein gutes, die Wahlerfolge waren für beide Teile erfreulich. Für die Unterstützung des vorkandidierten Kandidaten im 14. Reichstagswahlkreis hat die Volkspartei der nationalliberalen Partei die Unterstützung der Kandidaturen der letzteren Partei in Ulm-Stadt und Geislingen bei den kommenden Landtagswahlen zugesichert. Es war damals allerdings nicht vorauszuhaben, daß aus der Mitte der nationalliberalen Partei der konservativen Partei in einem anderen Wahlkreis Zusicherungen bezüglich der künftigen Landtagswahlen werden gegeben werden.

Die Sozialdemokratie hat in Württemberg die von ihr mit Sicherheit vorausgesetzten Fortschritte trotz rückwärtiger Agitation nicht gemacht. Die innere Spaltung in dieser Partei verschärft sich ständig und tritt auch allenthalben nach außen in Erscheinung. Das von dem Zentralkomitee der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie in Berlin getroffene Wahlbündnis zum Niederkampf des schwarz-blauen Blockes ist von der Volkspartei in Württemberg eingestrichelt und als der allgemeinen politischen Lage entsprechend anerkannt worden. Zentrum und Konserve haben in Württemberg ihrerseits ein Wahlbündnis getroffen, bei welchem das Zentrum der gebende Teil war. Einen Erfolg hat weder dieses Bündnis noch das erstmalige selbstständige Auftreten der konservativen Partei in Württemberg gezeigt. Lediglich die Mandatsinhaber des 11. und 12. Reichstagswahlkreises ruhten sich, nachdem sie den Wahlkampf schreibend als selbständige Anhänger der Reichspolitischen Vereinigung geführt hatten, nach dessen Schluss durch Eintritt in die Fraktion der Konservativen, auch nach außen hin erkennbar, der Junterpartei an. Der 4. Reichstagswahlkreis ging dem schwarz-blauen Block verloren.

Einen großen Verlust hat die Partei durch den Tod des Landtagsabg. Dr. Bauer erlitten, dessen weitreichende Kenntnisse und dessen energische Mitarbeit vor allem in sozialen und besonders hygienischen Fragen sie schmerzlich vermisst. Das Urauer Landtagsmandat hat der frühere Abg. Henning nach hartem Wahlkampf mit Unterstützung der nationalliberalen Partei der Volkspartei erhalten. In den Ersatzwahlen von Heilmann-Ulm und Leonberg war der Partei ein Erfolg nicht beschieden; um so erfreulicher ist es, daß das Traillheimer Landtagsmandat dem Bund der Landwirte auch hier unter Mit-

wirkung der Deutschen Partei abgenommen wurde. Die Gemeinderatswahlen sind im ganzen Lande überwiegend günstig für die Partei verlaufen.

Die Zahl der Vereine ist bis 1. April d. J. um 30 auf 900 gewachsen; von seiten der Geschäftsführer und unter ihrer Teilnahme wurden — abgesehen von aller anderen Tätigkeit — 468 Versammlungen abgehalten; ferner haben sich die Geschäftsführer vorübergehend auch außerhalb Württembergs agitatorisch betätigt. In Heilbronn ist im Berichtsjahr als erste eine Frauengruppe gegründet worden; die Vereine der Jungen Volkspartei zeigen eine ständig zunehmende Mitgliederzahl.

#### Unter lebhaftem Beifall ergriff nun Conrad Hausmann das Wort zu seinem Bericht über die politische Lage nach den Reichstagswahlen.

Die richtige die Haltung war, die die Leitung und die Partei bei den letzten Wahlen gezeigt hat, das hat das Ergebnis erwiesen. Allerdings hat sich nur eine kleine Mehrheit im Reichstag ergeben. Es ist aber vollends erwiesen, wie richtig unsere Haltung auch in der Stichwahl war; es wäre ein Beweis politischer Unfähigkeit gewesen, wenn wir nicht die Entscheidung nach links gegeben hätten (Bravo). Ohne diese Haltung wäre das Mehr von zwei Stimmen nicht erreicht worden. Um die Niederbrechung des schwarz-blauen Blockes zu erreichen, mußten wir nach links halten. Im Reichstag hat sich die Präsidentenwahl erstmals unter rein politischen Gesichtspunkten vollzogen. Die Nationalliberalen ließen es an einer Formidabilität scheitern, daß sie in das Präsidium eintraten. Wir haben den dringenden Wunsch gehabt, die Sozialdemokratie an der Verantwortung zu beteiligen. Aber auch die Sozialdemokraten sind an einem Punkt gescheitert. Wenn die Sozialdemokraten Partei bei den Wahlen abgeben, dann sehe ich es gar nicht ein, warum die Parteien nicht auch in einem anderen Hause abgeben werden können. (Beifall). Die Tatsache, daß zwei Volksparteier im Reichstagspräsidium sitzen, ist der Lohn für die gerade politische Haltung, die wir in dieser Frage eingenommen haben und der Beweis für die politischen Fehler unserer Gegner. Zwischen ist der Reichstag daran gegangen, die Geschäftsordnung zu verbessern und die bisherige Ohnmacht des Parlaments gegenüber der Regierung zu beseitigen. Dann haben wir außer den Vorträgen die neuen Vortragslagen in erster Reihe durchgenommen. Die Vorträge haben uns so recht zum Bewußtsein gebracht, wie wenig befriedigend die Lage in Europa heute noch ist. Die politische Lage kann sich auch verschlechtern durch Fehler im eigenen Land und diese Fehler müssen sofort als solche bezeichnet werden. Die Tatsache ist, daß die Sicherheit in Deutschland erschüttert ist und daß die Möglichkeit eines Krieges näher herangerückt ist. Demgegenüber müssen wir wohl den schmerzlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen, aber doch zugleich den gewissenlosen Kriegs-Begehrten im eigenen Lande energisch entgegenzutreten. Ich habe es als meine Aufgabe angesehen, den Finger in diese Wunde zu legen. (Bravo) Und wenn ich die Gewißheit erlangt habe, daß die trüben Gewässer des internationalen Verkehrs gelichtet werden, dann darbe ich auch die Pflicht, das Kind beim Namen zu nennen. (Lebhafter Beifall). Wenn fünf Marineoffiziere im Reichstag die Aufgabe haben, die Gefahr, die vom Ausland kommt, an die Wand zu malen und neue Reizungen zu den vorhandenen

Das Alter ist nicht trübe, weil darin unsere Freunde, sondern weil unsere Hoffnungen aufleben.  
Wildb. Kalend.

### Die Goldmühle.

Roman von Margarete Sebring.  
Nachdruck verboten.

(Fortsetzung.)

„Ja, die Weiber, wer lernt die auskennen! Ich bin nur froh, daß ich meine zwei Aeltesten im Trocknen hab', man steht immer mehr Angst aus. Wenn nur die Rosemarie auch erst so weit wär', daß man die Sorge los würd! Sie ist zwar ein kreuzbraves Mädel, die sich net leicht was vergeben wird, aber eher hat man, wie's bei uns auf dem Dorfe ist, keine Ruh', als bis der Hochzeitstag vorüber ist.“

„Mit meine Meinung auch Schulze — lieber eine Wege Fißh' hätten, als ein Mädel, wenn's in die Heiratjahre kommt. Man kann doch net egal hinterher sein und auf jeden Schritt und Tritt achtgeben. Sie hat noch keinen Schag, die Rosemarie?“

„Na, das selbste bloß, wohl gar hinter meinem Rücken! Das wollt' ich ihr anstreichen. Man hat keine Ruh' und Plage genugsam gehabt mit den Kindern von Klein auf, nun will man auch seine Freud' und Ehr' an ihnen haben. Hab' ich recht, Goldmüller, oder bin ich unrecht?“

„Recht hast, Schulze. So wie du sagst, so ist's. Ich hab' mir auch schon manchmal Sorge gemacht um den Florian; er ist ja ein ordentlicher Mensch, der net trinkt und net spielt und auch seine Arbeit ordentlich versteht. Aber was die Mädel anbetrifft, da hat er ein bißel eine leichte Ader gehabt von fehr, wenigstens solange er noch beim Kommiss war, und da wär's mir auch lieber, er suchte sich bald eine rechtshaffene Frau, ebe er sich einmal verplempert, eine Frau, die in die Mühle paßt und was mit einbringt. Meinst net auch?“

„Recht hast schon!“ antwortete der Schulze und dachte im Fühlen: „Aha, ich mer'ls schon, wo's raus will!“

Er tat einige Jäge aus seiner kurzen Stummelpfeife und frag: „Hast noch keine Aussicht für ihn, Goldmüller? So einer, wie der Flori ist, hat doch das Wählen.“

„Eben das ist's ja, Schulze; kriegen tut er jeden Augenblick eine Frau, zehn für eine. Sag's offen — du weißt es ja doch aus dem Grundbuche und aus der Steuer, was mein Besitz wert ist, und wieviel ich hinter mich gebracht hab' die ganzen Jahre her, und er ist der einzige Sohn und Erbe — meinst net auch, daß ich recht hab', wenn ich net die erste beste als Schnur mag? Man möcht' doch auch, daß er einmal eine gute Partie macht, die für ihn paßt — auch von wegen dahier, du verstehst schon.“ Er klopfte bei diesen Worten auf den wohlgefüllten Beutel in der linken Hosentasche, in den er stets vor dem Ausgehen ins Wirtshaus eine Handvoll Taler steckte.

„Wenn's darauf ankommt“, meinte der Schulze mit verschämtem Lächeln und stieß mit ihm an, „da wär' schließlich Rat zu schaffen, und es würd'en zugleich zwei auf einmal ihre Sorge los.“

„Wie meinst das?“ frag der Müller und stellte sich dumm: „hast wen in Vorschlag für den Flori? Da wär' ich neugierig.“

„Wie ich's mein?“ lachte der Schulze; „bist doch sonst net gerade auf den Kopf gefallen. Ich mein' halt so: wenn der dritte Teil vom Schulzengute einmal zum Mühlengute käm' und der dritte Teil von des Schulzen baten Gelde zu des Müllers Erbspartem, das wär' so uneben net.“

„Alle Wetter, Schulze, das wär' ein Gedanke, was du jetzt ausgelassen hast! Donner und Doria, darauf müssen wir einmal anstoßen. Profit!“

Die Mäher klangen, und der Müller frag: „Aber ob sie ihn auch mag, die Rosemarie?“

„Wer fragt denn danach? Die muß ihn wollen, dafür bin ich gut als Vater. Und warum sollt' sie ihn denn auch net wollen? Er hat doch alles an sich, was sich ein Mädel wünschen kann. Die Hauptsach' ist, daß wir zwei beiden einig sind.“

„Na, dann schlag ein, Schulze, und der Handel ist fertig!“

„Lapp, ich bin's zufrieden!“ rief er, und schallend fielen die ertönen Hände ineinander.

„Lina, noch eine Flasche!“

Lina, die eben eintrat, brauchte nicht erst in den Keller zu gehen; sie hatte in richtiger Würdigung der Situation schon vorgeforgt und noch ein paar Flaschen kaltgestellt. „Eine“, hatte die Mutter zu ihr gesagt, „stell dich doch einmal ein bißel hinaus ans Küchensfenster und horch, was der Schulze und der Müller heut eigentlich miteinander haben!“

Lina hatte sich das nicht zweimal sagen lassen und hatte die ganze Unterhaltung mit angehört. „Wohl bekommen's!“ sagte sie und stellte die Flasche auf den Tisch. „solche Gaste läßt sich der Wirt gefallen.“

„Sie wird doch net gehorcht haben?“ meinte der Müller, als sie hinaus war, „da wär's ja morgen gleich im ganzen Dorfe herum.“

„I so laß es herum sein, einmal kommt es ja doch unter die Leute, und was schadet's denn, wenn sie es wissen? Auf Degereten horchen wir ja doch wohl alle beide net hin.“

„Hast recht, erfahren müssen sie's doch einmal. Komm, stoß an!“

Noch oft klangen die Gläser aneinander, und so kam es, daß beide mit schwerem Haupte und unsicheren Beinen das Wirtshaus verließen, während Eva in Gram und Sorgen nachlag und Rosemarie im Bett weinte und Florian den Schlaf des Gerechten schlief. Ja, so kam es, daß der Goldmüller beim Heimkehren die Tür abzuschließen vergaß und der Schulze die Stiefeln die Treppe hinabwarf, was beide sonst nicht taten. So kam es, daß beiden am Morgen erst nach und nach die Erinnerung an das wiederkehrte, was sie am Abend miteinander vereinbart hatten.

Fortsetzung folgt.



zu lassen, dann muß man das Bezeichnen als einen großen Fehler, an dem die Volkvertretung nicht vorbegehen darf. (Beifall.) Eine haben die Debatten gezeitigt: die Auffassung, daß die verschiedenen Reichsbüros der Regierung zusammengelegt und dem Reichspräsidenten unterstellt werden müssen, der uns verantwortlich ist. Wir haben ferner zu verlangen, möglichst Sparhaftigkeit und werden eintreten für eine Erhöhung der Mannschafstärke und ein Rekrutieren für die Ableistung des dritten Jahres der Kavallerie. Wir wollen die Herabsetzung der Invalidität von 70 auf 65 Jahre. Eine Erbschaftsteuer sollte solche gerechten Forderungen erfüllen. Daß die unerbittliche Politik billiger geleitet werden könnte, das muß mit Entschiedenheit betont werden. Man darf nicht sagen, wie die Sozialdemokraten: wir bewilligen gar nichts, wenn zugleich die gefährliche Situation in Europa erkannt worden ist. Man muß vielmehr darauf hinarbeiten, daß eine bessere Politik getroffen wird.

Die blaue-schwarze Mehrheit ist durch den Wahlsieg geschwächt. Es ist eine etwas gedämpfte und elegische Stimmung eingetreten. (Beifall.) Im preussischen Abgeordnetenhaus hat sich das sogar in schmerzhaften Ausdrücken geäußert. Ebenso sind die Antikommunisten in den Wahlen so geschlagen worden, daß sie nur noch die Splitter einer Partei bilden. Das Zentrum ist an Ehen nur wenig geschwächt. Anlässlich der Duellfrage erkläre ich im Hinblick der militärischen Geist in aufregender Weise. Der Fall Sambeth ist ein Scheinwerfer auf die Gegenstände, die es in Deutschland noch zu überwinden gilt. Der eine sagt dem anderen, er verdiene aus dem Heere hinausgenommen zu werden, weil er sich nicht duelliere. Was würde das deutsche Volk entscheiden, wenn es hierüber zu Gericht zu sitzen hätte? Es würde sagen, der gehet aus, der andere bleibt. (Beifall.) Die Militärverwaltung ist das Gegenteil. Wenn wir jetzt nicht verhindern, gesetzlich durchzuführen, was das stilles Volk des Reiches verlangt (strenge Weisheit), dann geht es sich, daß man in Deutschland sagt, du gehst nicht mehr in den Armee der feineren Leute. (Beifall.)

Die Sozialdemokratie hat bisher im Reichstage eine Haltung eingenommen, von der man nur wünschen kann, daß sie auch in Zukunft anhalte. Die Nationalliberalen haben unter sich Streit bekommen. Man wußte nicht, sollte man sich nach rechts halten oder links. Und schließlich kam man überein, sich gar nicht zu halten. (Große Heiterkeit.) Gesundheit kommt der Nationalliberalen Partei nur, wenn sie sich entscheidet nach irgend einer Richtung. Wo unsere Sympathien liegen, ist keine Frage. Wenn wir parteigewiss wären, dürften wir nur eine Fortsetzung des jetzigen Schwankens wünschen. Aber wir wollen nicht parteigewiss denken, sondern einen Erfolg basieren lassen. Wir werden alles tun müssen, um die Einmütigkeit der Nationalliberalen Partei von rechtsweg nicht zu erschweren. Ebenso wie wir der Sozialdemokratie es möglich machen sollen sich praktisch zu betätigen. Und das ist es, was uns mit Überwältigung in die Zukunft sehen läßt. Die Volkspartei sieht einig und geschlossen da. Der Gesamtindruck ist heute günstiger als direkt nach den Wahlen. Die Beteiligung an der weltlichen parlamentarischen Mitarbeit muß mit der Betonung der großen Prinzipien und Grundsätze vereint werden. Es gilt nicht nur Gesetze zu machen, sondern auch Politik. Wie als Partei aber mußten wir bewusst sein, daß es für uns eine große Arbeit ist auch an der Erziehung des Volkes mitzuwirken. Es ist eine wichtige Aufgabe eine Vermittlungspartei zu sein, denn der letzte Zweck ist, das Volkswußtsein mit dem Staatsbewußtsein in Einklang zu bringen.

Der beliebte Parteiführer schloß unter langanhaltendem stürmischen Beifall.

In der Diskussion sprach Dollinger-Spaichingen. Er schloß folgende Resolution vor: „Die Landesversammlung der Fortschritt. Volkspartei Württembergs spricht ihren Reichstagsabgeordneten und der Parteileitung einmütig Anerkennung und Vertrauen aus.“

Die Resolution wurde unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen.

Nun erhielt Landtagsabg. Dr. Geisele das Wort zu einem

### Rückblick auf die Tätigkeit des Landtags.

Wir werden über die vorzügliche Rede morgen berichten.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 27. April 1912.

Am Bundesratsstische: Minister v. Breitenbach.  
Präsident Dr. Koepsch eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.  
Die zweite Lesung des Etats der Reichseisenbahnen wurde fortgesetzt.

Abg. Rohmann (Str.): Das günstige finanzielle Ergebnis des letzten Rechnungsjahres erfüllt uns mit Befriedigung. Die Überschüsse sollten für die Verbesserung der Betriebe und zur Aufbesserung der Arbeiter benützt werden. Die Arbeiterlöhne sollten vor allem heilbar gemacht werden. Mit dem Vertrauen der Arbeiter zu ihrer Verwaltung steht und fällt die nationale Gefinnung und das gewissenhafte Pflichtbewußtsein. (Bravo im Zentrum.)

Minister Breitenbach: Für Schaffung eines Ausgleichsfonds ist in erster Linie das Reichsamt zuständig. Das Ergebnis ist übrigens nicht so besonders gut und beläuft sich nach Abzug der Verzinsung des Anlagekapitals auf noch nicht 4 Prozent. Eine Überweisung des Überschusses an den Landesetat wäre ohne genaue Nachprüfung des Reichstags nicht möglich. Von einer Verpachtung der Reichseisenbahn ist keine Rede. Die preussischen Verwaltungsgrundsätze haben aber den Reichsland erheblichen Nutzen gebracht. (Sehr gut rechts.) In keiner Weise ist nachgewiesen worden, daß unter dem jetzigen System das Reichsland irgendwie geschädigt worden ist. Gegen eine Erhöhung der Löhne einzelner Kategorien der Eisenbahnangestellten bestehen schwere Bedenken. Würden wir bei einer Klasse an dem jetzigen Zustand rütteln, dann kämen wir sofort zu einer allgemeinen Umwälzung. Dem Wunsch, die Einheimischen bei der Anstellung bei den Reichseisenbahnen mehr zu berücksichtigen, kommen wir nach Möglichkeit nach. Es ist die unerschütterliche Auffassung der Verwaltung, aus Gründen des Gemeinwohls Stellung nehmen zu müssen gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie in der Verwaltung, Stellung zu nehmen gegen diejenigen Vereinigungen, die sozialdemokratischen Bestrebungen huldigen. (Nähe bei den Soz.) Denjenigen Vereinen, die die Forderungen der Verwaltung erfüllen, werden keinerlei Hindernisse bereitet. Bei einer Revision der Fahrkartensteuer muß darauf geachtet werden, daß die vierte Klasse nach wie vor von der Steuer freibleibt. Der Ausgleich muß innerhalb der ersten drei Klassen erfolgen.

Abg. Dr. Bill-Schlettstadt (Gl.): Im Oberetats ist der Bau einer zweiten Linie nach Basel notwendig, umso mehr, als eine elektrische Bahn dort nicht koncessioniert worden ist. Das Recht der Preisaufhebung für den Staatshalter ist zu reformieren. Die Parteien der Stationsdiätäre muß abgeklärt werden. Die Löhne für die Angestellten und Arbeiter bei den Reichseisenbahnen sind geringer, als die entsprechenden in Privatbetrieben; sie müssen deshalb erhöht werden. Sie bebauern ich ferner, daß der Nachdienst bei der Eisenbahn nicht so berechnet wird, wie beispielsweise bei der Post. Die eingeborenen Elsas-Lothringer müssen bei Anstellung mindestens ebenso berücksichtigt werden, wie die Nichtelnsen.

Abg. Jäger (Noll.): Die Wagenmeister, die doch eine große Verantwortung haben, sind in Elsas-Lothringen schlechter bezahlt,

als in anderen deutschen Staaten. Ebenso sieht es mit den Ladearbeitern aus. Man sollte in den Reichslanden auch Oberlademeisterstellen einführen. Bessere Löhne wünschen A. für die Magazin-Auffeher und Arbeiter, die gleichfalls eine große Verantwortung haben. Bei den Werkstattarbeitern und Arbeitern sollte eine bessere Bewertung der Nacharbeit Platz greifen, auch müßte es ihnen möglich sein, das Höchstmaß sehr früher zu erreichen als jetzt. Das Prämienystem muß befestigt werden, ebenso das Akkordsystem. Der Erholungsurlaub muß allen Bahnunterhaltungsarbeitern gleichmäßig gewährt werden. Erwünscht ist ferner die Befestigung der dreijährigen Karenzzeit und die beschränkte freie Arztwahl.

Abg. Dr. Werner-Giegen (Strich, Soz.): Wir begrüßen den freieren sozialen Zug, der in der Eisenbahnverwaltung herrscht. Die Entlohnung der Arbeiter bei langer Dienstzeit erscheint uns zu gering. Die Übernachtungsräume des Personals lassen uns wünschen übrig. Die Portefälle sollten künstlerischer ausgestaltet und die Verschönerung der Natur durch Wellenschilder von Zigaretten-, Champagner- usw. Fabriken längs der Bahnanlagen beseitigt werden. Es ist auch nötig, zum Schutz der Reisenden zweiter Klasse gegen Antekann die Posten zeitweise zu desinfizieren.

Abg. Veitros (Soz.): Wir können dem Minister darin nicht beistimmen, daß Elsas-Lothringen große Vorteile aus der preussischen Verwaltung gehabt habe. Für die mittleren und unteren Beamten und die Eisenbahnarbeiter muß mehr gefordert werden. Heute haben wir noch das Recht, von Hungerlöhnen zu reden. Die jetzigen Arbeiterauschüsse sind nichts wert, sie sind ein Messer ohne Klinge. Das Personal bei den Reichseisenbahnen ist viel zu gering. Für die Beamten müssen Beamtensauschüsse geschaffen werden, die die Wünsche der Beamten der Verwaltung vorzutragen hätten. Das Disziplinarverfahren bedarf dringend einer Revision. Den zweiten Vorgesandtschaftlich brauchen wir unbedingt und zwar muß die Trace über Kolmar geführt werden. Mit der Anwendung seiner preussischen Grundsätze wird der Minister in Elsas-Lothringen wenig Gegenliebe finden. Sein Vorgehen ist vielfach direkt verdreht. (Vizepräsident Dr. Dode rügte diesen Ausdruck.) Dann will ich sagen: Sein Vorgehen ist unerhört und ungerecht. Preußenhaft kennen wir nicht, dieser Vorwurf des Ministers trifft uns nicht. Wenn der Minister in sozialer Beziehung den Oberbremen spielen will, dann werden wir dafür sorgen, daß es auch in Elsas-Lothringen bei der Reichseisenbahn in der Sozialpolitik vorwärts geht.

Abg. Schiffer-Vorken (Str.): Den Ausschluß des Simplifizismus von Eisenbahnhandeln halten wir durchaus für berechtigt. Das Streikrecht für unsere Staatsarbeiter ist garnicht möglich. Ein Zentralarbeiterauschuss mit dem Sitz in Straßburg muß ins Leben gerufen werden zur Geltendmachung allgemeiner Wünsche. (Abg. Namm: Sehr richtig!)

Minister v. Breitenbach: Die Verwaltung ist stets bemüht gewesen, sozialpolitisch auf der Höhe zu bleiben. Die Erbauung einer Parallellinie für Ober-Elsas wird erwogen. Von einer Konzessionsverweigerung zur Schaffung einer elektrischen Schnellbahn ist mir nichts bekannt. Ein Vorgesandtschaftlich würde äußerst kostspielig sein; auch ist mir nicht bekannt, daß Frankreich diesen Plan hat. Lohnerhöhungen werden nicht gesagt. Die Arbeiter sind so gestellt, daß sie stetig ihre Lebenshaltung verbessern. Unrichtig ist es, daß Arbeiter entlassen worden seien, weil sie einer bestimmten Organisation angehört haben. Sie wurden entlassen, weil sie sich jünger Disziplinarverstöße zu schulden kommen ließen. (Zurufe der Soz.)

Abg. Hader (Lothringer) wünschte Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und Aufbesserung der Löhne der Eisenbahnarbeiter. Die Generaldebatte wurde hierauf geschlossen.

Zu Titel 1 liegt eine Resolution der Sozialdemokraten vor, wonach den Arbeitern der Reichseisenbahnen für die Hochfeiern der Löhne gezahlt werden soll. Da die Abstimmung hierüber zweifelhaft blieb, erfolgte Sammelprung. Dabei stimmten für die Resolution 88, gegen dieselbe 43 Abgeordnete. Das Haus war also beschlußunfähig. Es trat Vertagung ein.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Etats der Reichseisenbahnen, Kolonialetat.  
Schluß 4 Uhr.

### Die kleinen Garnisonen.

Berlin, 26. April. Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte gestern über die Eingabe des Städtetags der Städte mit unter 25000 Einwohnern um Belegung mit kleinen Garnisonen. Der Vertreter der Militärverwaltung gab hierzu eingehende Erklärungen ab. Er teilte mit, daß die Zahl der Besuche zugeht sich auf 273 belaufe, es befehle also nicht entfernt die Möglichkeit, auch beim besten Willen alle Besuche zu erfüllen. Grundsätzlich sehe man der Eingabe durchaus sympathisch gegenüber. Der Kriegsminister sei bereit, den Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen, namentlich für die Städte, die schon einmal Garnisonen hatten. Allein in erster Linie müßten doch die militärischen Erwägungen stehen. Hier kommen in Frage die Rücksichten auf die Mobilmachung des Truppenteils. Die Truppenteile müßten in der Nähe des Orts sein, wo sie zu Beginn des Krieges einziehen sollten. Zum mindesten sind zweckmäßige Eisenbahnverbindungen Voraussetzung. Zweitens handle es sich um die Befestigung wichtiger Punkte und Abschnitte zur Sicherung strategischer Bahnen, von Kunstbauten insbesondere, deren Zerstörung den ganzen Aufmarsch hindern würde. Drittens komme in Betracht die Lage des Truppenteils zum Standort der übrigen Teile desselben Verbandes, damit der Uebergang zum Friedensstand sich so rasch als möglich vollziehen könne. Man suche Infanterie womöglich mit Feldartillerie zusammenzulegen, Pioniere mit Artillerie oder mit Train. Die Fußartillerie sei für die Regel an größere Garnisonen, an Festungen gebunden. Es kommen weiter in Betracht die Unterkunftsverhältnisse. Hier spiele das Entgegenkommen der Gemeinden in Stellung von Egerzierplätzen und von Kasernen, die der Heeresverwaltung meistens überlassen werden, eine Rolle. Weiter kommen in Betracht die sanitären Verhältnisse, die Schul- und Wohnungsverhältnisse für die Familien der Offiziere, Beamten und Unteroffiziere. Der Regierungsvorstand gab im übrigen die bestimmte Erklärung ab, falls die Heeresvorlage bewilligt werde, werde damit die Möglichkeit geschaffen sein, eine Reihe der vorgelegten Wünsche zu erfüllen. Die Kommission beschloß, die Petition samt den Einzelgesuchen von Städten der Budgetkommission zugleich mit der Erklärung des Regierungsvorstandes zu überweisen.

## Deutsches Reich.

### Ein Dreier-Erlaß für die Lehrer.

Man schreibt der Fr. Bz.: Nun gibt es in Bayern auch einen Dreier-Erlaß für die Lehrer. Das Kultusministerium hat eine Entschädigung veröffentlicht, wonach für Berufung und spätere Beförderung im Stadt- und

Landes- nur solche Lehrkräfte in Frage kommen können, die bei der Anstellungsprüfung mit der Befähigung I oder mindestens II, in ihrer dienstlichen Verwendung nach der Anstellungsprüfung im Fleiß mindestens mit der Note II und in der dienstlichen Wirksamkeit mindestens mit der Hauptnote 2 1/2 benotet sind. Außerdem aber ist Bedingung, daß das dienstliche und außerdienstliche Verhalten „einwandfrei“ sei. Die praktische Folge dieses Erlasses dürfte die sein, daß in Zukunft die Lehrer äußerlich nach ihrer Benotung in zwei Teile geteilt sein werden, in die Stadtlehrer mit den guten und die Landlehrer mit schlechteren Noten. Die weitestgehenden Folgen aber werden sich aus dem Erlaß für die Lehrer in Bayern ergeben; bisher sind sie auch bei weniger guten Benotungen vorwiegend in den Städten verwendet worden. In Zukunft werden aber die „Dreierlehrerinnen“ auf das Land abgehoben werden müssen. Im übrigen läßt der Erlaß in dem Teil, der ein sogenanntes außerdienstliches „einwandfreies“ Verhalten zur Bedingung macht, den neuen bayerischen Kurs ebenso erkennen wie der Erlaß über die staatsbürgerliche Qualifikation der Betriebsbeamten. Der Begriff einwandfrei ist so dehnbar, daß man unter ihm alle möglichen Verfehlungen unterbringen kann. Es ist zu befürchten, daß er als Handhabe dienen wird, politisch nicht genehme Lehrer noch mehr, politisch nicht genehme Lehrer noch mehr als es bisher tatsächlich der Fall war, durch Nichtbeförderung in die Städte empfindlich zu makregeln.

### Die badischen Eisenbahnen.

Karlsruhe, 25. April. Dem Bericht der Budgetkommission der Zweiten Kammer über das Eisenbahnwesen (Berichterstatler Abg. Hummel) entnehmen wir folgende Einzelheiten: Ende 1910 stellte sich das Anlagekapital der badischen Staatsbahn im Jahresdurchschnitt auf 810 Millionen Mark plus 10,2 Millionen als Anlagewabens an der Main-Nedar-Bahn. Durch den Betriebsüberschuh von 30,5 Millionen ergibt sich eine Verzinsung des Anlagekapitals von 3,72 Prozent (1909.: 3,04 Proz.). Ende 1910 betrug der reine Schuldendienst 533 Millionen (gegen 1909 ein Mehr von 13,5 Millionen). Die Verzinsung der reinen Eisenbahnschuld beträgt 5,97 Prozent gegen 4,97 im Jahre 1909. Der Betriebsüberschuh schwankte zwischen 85,92 und 68,97 Prozent, womit er im Jahre 1911 seiner bisherigen niedrigsten Stand erreichte. Im Jahre 1910 wurden 11 826 Beamte und 15 855 Arbeiter, zusammen 27 681 Personen, oder auf den Kilometer durchschnittlicher Betriebslänge 15,81 Personen beschäftigt. Die Kommission anerkannte die von der Regierung bei Aufstellung des Voranschlags zu beobachtenden Grundsätze als eine Gewähr solider Finanzverwaltung und bedauerte die Beunruhigung, die durch Veröffentlichungen eines außerbadischen Blattes (gemeint ist damit ein Stuttgarter Blatt) über diese Frage in manchen Kreisen entstanden sei.

Varel, 27. April. Amtlich. Wiemer (Fortschritt. Sp.) 10 901, Hug (Soz.) 12 557, Albrecht (natlib.) 1898 und v. Hammerstein 998 Stimmen. Nicht gewählt haben 11 934 Berechtigte.

Hannover, 28. April. Sämtliche Fahrer der Abfahrts, die den Kraftdroschenverkehr in der Stadt zu besorgen haben, sind trotz nach 14tägigem Streik wieder in Arbeit getreten, ohne daß ihre Forderungen bewilligt worden sind.

## Ausland.

### Zum Untergang der „Titanic“.

#### Die Geretteten.

Die englische Regierung teilt jetzt die genauen Zahlen der Passagiere und Mannschaften der „Titanic“ und der von ihnen überlebenden mit. Es ergibt sich danach folgendes Bild:

	Passagiere 1. Klasse.		
	Au Bord:	Gerettet:	Prozentlag
Männer	173	58	31
Frauen	144	139	97
Kinder	5	5	100
Zusammen	322	302	94
Passagiere 2. Klasse.			
Männer	160	15	9
Frauen	93	78	84
Kinder	24	24	100
Zusammen	277	115	42
Passagiere im Zwischendeck.			
Männer	464	55	12
Frauen	179	98	55
Kinder	76	28	37
Zusammen	709	176	25
Mannschaften.			
Männer	873	189	22
Frauen	23	21	91
Zusammen	898	210	23

Danach waren im ganzen 2206 Menschen an Bord der „Titanic“, von denen 703 (oder 32 Prozent) gerettet wurden, und zwar 19 Prozent der Männer, 77 Prozent der Frauen und 49 Prozent der Kinder. Es erlitten 1103 Frauen und 53 Kinder.

#### Die Senatsuntersuchung.

New-York, 27. April. Der Telegraphist der „Californian“ bezogte, er habe die „Titanic“ vor dem Eis gewarnt und als Antwort „Halte den Mund!“ erhalten. Der Kapitän der „Californian“ bestritt, daß sein Schiff nahe genug war, um die Notsignale der „Titanic“ zu sehen. Sein Telegraphist habe geschlafen, als die Notsignale der „Titanic“, ausgesandt wurden.

Die jetzt erlangte Information ergibt, daß fünf Dampfer innerhalb eines Radius von 140 Kilometer von der „Titanic“ waren, so daß, wenn der Telegraphist der „Titanic“, anstatt arroganz zu werden, den Zustand des Schiffes richtig geschildert hätte und alle Schiffe Telegraphisten für Tag- und Nachtdienst an Bord gehabt hätten, der Verlust an Menschenleben wohl hätte vermieden werden können.



## Der Generalresident von Marokko.

Paris, 27. April. Der heute im Rambouillet unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltene Ministerrat hat beschlossen, den General Vautey, Kommandanten des 10. Armeekorps, zum Generalresidenten im marokkanischen Protektoratsgebiet zu ernennen. Der bisherige französische Konsul in Fez Gailard wird dem General Vautey als Generalsekretär beigegeben. Der bisherige französische Gesandte Regnault wird abberufen und erhält eine Gesandtschaft in einer europäischen Hauptstadt.

## Württemberg.

### Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 27. April. Zweite Kammer. Das Haus der Abgeordneten setzte Samstag vormittag die Beratung über das Ausführungsgesetz zur Reichsversicherungsgesetzgebung fort. Die Frage der Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften stand noch im Vordergrund der Debatte. Abg. Mayer-Blaubeuren (D.P.) war mit einem Teil seiner Freunde für die Zusammenlegung. Abg. Mattutat (S.) stellte sich gleichfalls auf den Boden des Ausdrucksantrages und des Antrages Feiger (Sp.), der den Beitritt der Staatsforstverwaltung zu den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wünschte. Abg. Bergler von Berglas (W.K.): Die Genossenschaften sind gegen eine Zusammenlegung, also hat ein dahingehender Beschluß keinen Wert. Die Debatte war unerschöpflich. Redete ein Vertreter der Linken dafür, so redete einer der äußersten Rechten dagegen. Minister v. Gehler legte dar, wie durch den Beitritt der Staatsforstverwaltung eine Mehrbelastung von 300 000 M jährlich entstehen soll. Er zeigte sich damit wieder einmal als der Geist, der kein Verneint. Minister v. Fischer war weniger schroff in der ihm betreffenden Frage der Zusammenlegung. Er wies die Zusammenlegung sogar lebhaft begrüßend, stellte aber zugleich fest, daß durch das Gesetz die Zusammenlegung nicht erzwingen werden kann. Allerdings hat das Reichsgesetz einen Weg offen gelassen: wenn wenigstens eine Berufsgenossenschaft den Zusammenschluß beantragt, dann liegt die Entscheidung bei der Landesregierung. Abg. Liesching (Sp.), der aus dem Reichstag zurückgekehrt ist, stellte fest, daß er schon vor Jahren als erster für die Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften eingetreten sei. Zu wundern sei, daß der Finanzminister sich gegen den Beitritt der Staatsforstverwaltung ausspreche, nachdem man die Möglichkeit des Beitritts im Reichsgesetz geschaffen habe. Auf diese Weise mache man sich nur lächerlich. Der Fiskus dürfe nicht das Recht haben, sich aus fiskalischen Gründen von der sozialen Fürsorge auszuschließen. Die Kammer habe nicht umsonst zweimal den Beschluß gefaßt den Beitritt der Forstverwaltung zu ermöglichen. (Beifall.) Minister v. Gehler konnte diesem kräftigen Vorstoß nur durch die Wiederholung seiner bisher geltend gemachten Gründe begegnen. Abg. Andre (Ztr.) gestand, daß in seiner Fraktion keine einheitliche Haltung vorhanden sei; der eine Teil sei für, der andere gegen die Zusammenlegung. Dasselbe ist der Fall bezüglich des Beitritts der Staatsforstverwaltung. Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Ströbel (W.K.) unterföhr der Volksparteiler Liesching nochmals seine Ausführungen gegenüber dem Finanzminister. Es sei bedauerlich, daß der Finanzminister hier habe zum Ausdruck gebracht, der württembergische Staat habe nicht einmal das Geld, seinen Verpflichtungen als Arbeitgeber nachzukommen. Nun war natürlich wieder der Regierungstisch in Aktion. Der König nach kamen der Finanzminister und der Minister des Innern zum Wort. Der Finanzminister wies sogar seinen Sitz und redete während einer Bierstunde unter lebhaften Gesäßen auf den Abg. Liesching ein ohne die Abg. Andre (Z.), Räßling (W.K.), Speith-Wangen (Ztr.) und den Berichterstatter Feiger (Sp.). Dann kam endlich die Abstimmung! Der Ausdrucksantrag, der die Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wünscht, wurde mit 47 gegen 30 Stimmen angenommen. Dagegen stimmte der Bauernbund und ein Teil des Zentrums. Der Antrag Feiger (Sp.) fand mit 76 gegen 1 Stimme Annahme; der Dutzler war — Herr Roth vom Bauernbund. Die übrigen Artikel des Gesetzes werden rasch erledigt. Dagegen gibt es wieder eine größere Auseinandersetzung darüber, was mit dem Vermögen der aufgehobenen Krankenpflegeversicherungen — es handelt sich nach den Mitteilungen des Ministers um über 365 000 M — geschehen soll. Ein Antrag Reihling (Fortföhr. Sp.) will die Zuweisung des Vermögens an die Gemeinden bezw. an die Amtskörperschaften, ein Antrag Mattutat (Sp.) die Zuweisung an die Ortskrankenkassen. Beide Anträge werden abgelehnt und es bleibt bei dem Entwurf, nach dem das bisherige Verwaltungsgesetz der Krankenpflegeversicherung zu Gunsten von Einrichtungen für die seit der Krankenpflegeversicherung zugehörigen Personenkreise Verfügung zu treffen hat. Dazu wird eine Resolution Baumann (D. P.) angenommen, die die Regierung ersucht, dahin zu wirken, daß das Vermögen denjenigen allgemeinen Ortskrankenkassen zugewiesen wird, die besondere Einrichtungen für die seit der Krankenpflegeversicherung zugehörigen Personenkreise besitz. Die letzten Artikel des Gesetzes werden wieder glatt erledigt.

Nächste Sitzung Montag Nachmittag 4 Uhr: Die drei Redaktionsrats und Berufsvermittlung.

### Der württ. Landesverband des Evang.-soz. Kongresses.

Am Donnerstag unter dem Vorsitz von Prof. Dr. D. W. Köp-Lübingen, in welcher Stadt die Verberberung des Kongresses abgehalten werden soll, seine Fröhrjahrestagung in Stuttgart. Auf der Tagesordnung stand das Thema: „Die Landflucht in Württemberg“. Das erste Referat hielt Oberfinanzrat Prof. Dr. Kösch vom Statistischen Landesamt. Mit Hilfe eines umfangreichen

Zahlenmaterials erläuterte er Tatsache und Ursprung der Landflucht. Seit 1890 hat in Württemberg die Landbevölkerung um 21 400 Menschen abgenommen, die Stadtbevölkerung ist um 434 000 gewachsen.

Die erste Ursache für die Abwanderung ist biologischer Art. Der Ueberfluß an Landbevölkerung, der aus Vermehrung der Geburtenziffer und Verminderung der Kindersterblichkeit sich zusammensetzt, ging bis zu den 80er Jahren ins Ausland, bes. Amerika ab. Als die Auswanderung zurückging, begann die Zuwanderung zur Stadt. Die Gründe hierfür sind vor allem wirtschaftliche. Industrie und Verkehr haben die Großstädte geschaffen. Die höheren Löhne zogen an; Verdienst war möglich auch für die Frau. Die Freizügigkeit gab die Bahn frei für diesen Wohnungswechsel. Neben der Zuwanderung zu den württ. Städten ist eine starke Abwanderung ins Reich zu verzeichnen; so hat Württemberg an Baden im Jahr 1907 insgesamt 53 000 Mann abgegeben. Diefem Tatbestand der Landflucht tritt nun aber, wie die Statistik zeigt, in neuester Zeit eine rückläufige Bewegung entgegen. Die Eisenbahn, die die Zuwanderung zur Stadt vermittelt hatte, ermöglicht es dem Arbeiter, den Wohnsitz selber nicht mehr zu verlegen, sondern zur Arbeit vom Land in die Stadt zu fahren. Rad und Auto helfen mit. In eine große Stuttgarter Fabrik kommen täglich die Arbeiter aus 92 Landgemeinden. Im Jahr 1900 waren es im Neckarkreis 60 000, im Jahr 1910 90 000 mit getrenntem Arbeits- und Wohnsitz. Die Wohnungsnot, die hygienische Schädigung, die die Stadt mit sich bringt, die fortgehende Industrialisierung des landwirtschaftl. Betriebs, treibt zurück aufs Land. So haben wir keinen Grund der Entwicklung der Dinge pessimistisch gegenüberzusehen.

Der zweite Redner, Pfarrer Kappus-Upsingen gab zu diesen Zahlen Ergänzungen nach der persönlich-ethischen Seite hin. Die Landflucht erweist sich allerdings als eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Bevölkerung wächst, aber nicht die Nahrung. Große Bauerngüter, die zerstückelt werden könnten, sind nur noch wenige vorhanden. Auch die jungen Mädchen werden von der Bewegung ergriffen; auf dem Land könnten sie doch größtenteils nicht heiraten. Die Gründe dieser Erscheinung nur in verwerflicher Vergnügungssucht zu suchen, geht nicht an. Aber bedenklich sind die Folgen, vor allem die sittlichen. Die nach der Stadt Abgewanderten sind von der heimatischen Sitte und Sittlichkeit gelöst. Auch die Familie bildet nicht das gleiche feste Band wie im Dorf. Die Rivalisierung in den unteren Schichten der Stadt erzeugt gerade bei den vom Land Eingewanderten eine bedenkliche Kulturlösigkeit. Ebenso bedauerlich ist aber die Rückwirkung auf die im Dorf Zurückgebliebenen, was sich z. B. am Geburtenrückgang zeigt. Die Gefahren, die auf diese Weise dem Volksganzen drohen, erfordern vorsichtige aber energische Abhilfe. Es gilt insbesondere, dem Land eine Schule zu schaffen, die nicht einfach eine vereinmächte Stadtschule ist, sondern sich den besonderen Verhältnissen auch im Einzelnen anpaßt; und es gilt an Stelle der langsam zu Grunde gehenden alten Bauernkultur eine neue zu schaffen, die nicht ein Abklatsch der städtischen ist. Dabei sind die religiösen Kräfte unentbehrlich. Auf diese Weise gilt es mitzubekämpfen, daß die bisher unerschöpfliche Kraftquelle der bäuerlichen Bevölkerung unserem Volksganzen erhalten bleibe. Eine rege Diskussion schloß sich an.

Stuttgart, 27. April. Die 20 Pferdewinne der Stuttgarter Pferdemarktlotterie fielen auf folgende Nummern: 63 306, 43 655, 103 454, 33 389, 54 250, 16 439, 94 439, 106 360, 99 370, 101 062, 88 260, 38 523, 119 699, 38 673, 98 690, 115 447, 26 190, 27 162, 85 398, 35 793, (ohne Gewähr.)

Stuttgart, 28. April. Eine arge Enttäuschung wurde heute den Stuttgartern und den vielen Fremden die hierher gekommen waren zu teil. Das Lustschiff „Schwaben“, das um 10 Uhr hier eintreffen sollte, kam nicht. Nach eingetrossener Depesche herrschte in der Rheinebene ein so starker Nordostwind, daß das Lustschiff ohne Gefahr nicht aus der Halle hätte gebracht werden können.

Mergentheim, 27. April. Der durch einen Ehrenhandel mit Dr. Sambeth in letzter Zeit, so viel genannte Oberamtsarzt Dr. Schumm ist in vergangener Nacht nach längerer Krankheit gestorben.

Rottenburg, 27. April. Heute vormittag ist Domkapitular Paul v. Moser an einem Schlaganfall verstorben. Er war am 20. März 1857 in Göppingen geboren. Als Vertreter des Bischöflichen Ordinariats gehörte er der ersten Kammer an. Moser hat nur ein Alter von 55 Jahren erreicht.

## Nah und Fern.

### Auto-Unfall.

In Schorndorf fuhr das Bezirksautomobil gegen das Trottoir und stieß an die Mauer eines Hauses. Einige Insassen wurden leicht verletzt. Der Wagen mußte in Reparatur genommen werden.

### Großer Brand in Damaskus.

Aus Damaskus in Palästina wird gemeldet: In vergangener Nacht brach im Bazarviertel ein großer Brand aus, der einen großen Teil des Viertels einäscherte und bisher nicht gelöscht werden konnte. Das Gebäude der Ottomanbank ist durch das Feuer bedroht. Mehrere Tote sind bereits geborgen. Der Schaden beträgt schätzungsweise 50 Millionen. Militär beteiligt sich an den Löscharbeiten. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt.

Nach weiteren Drahtnachrichten dauerte der Brand 24 Stunden. Der Materialschaden beträgt 15 Millionen Francs. 13 Personen sind umgekommen.

### Der Kampf gegen die Pariser Banditen.

#### Der Anführer getötet.

Paris, 28. April. In der vergangenen Nacht umzingelten Polizeibeamte unterführt von einer Abteilung Pioniere ein einzelnes Haus in Gochy-le-Roi, das den Auto-

mobillhandliten als Zufluchtsort diente. Nachdem die Pioniere, gebet von einem Strahwagen, sich dem Hause, in dem sich die Banditen befanden, genähert hatten, legten sie dort Dynamitpatronen nieder. Infolge der Entladung wurde das Mauerwerk beschädigt. Im Inneren des Hauses wurde der Leichnam des Eigentümers Dubois aufgefunden. Bonnot selbst hatte eine schwere Schußverletzung in der linken Schläfe und außerdem einen Schuß in der Herzgegend. Eine große Menschenmenge versuchte in das Haus einzudringen und die Banditen zu lynchen. Bonnot ist bei seiner Ankunft im Hospital seinen Verletzungen erlegen.

### Weitere Nachrichten:

Einem Domänenpächter von Frankfurt a. M. ist auf der Fahrt von Sangerhausen nach Magdeburg eine Brieftasche mit 75 000 Mark Inhalt abhanden gekommen. Wahrscheinlich liegt Diebstahl vor.

In Düsseldorf ist der Buchhalter Josef Laschet vom Parkhotel nach Unterschlagung von 38 000 Mark flüchtig gegangen. Ein Komplize Laschets, namens Enterlein, wurde verhaftet.

## Gerichtssaal.

Berlin, 26. April. In dem Prozeß gegen den Hanfangeestellten Friecker wegen Ueberfalls auf den Kassierboten Klein von der Darmstädter Bank wurde der Angeklagte heute wegen schweren Raubes unter Jubilligung mildernden Umstände zu 4 Jahren 11 Monaten Gefängnis verurteilt. — Zuerst hatten die Geschworenen die Schuldfragen nach verjühtem Totschlag und verjühten schweren Raubes unter Verjagung mildernden Umstände bejaht. Der Staatsanwalt beantragte darauf eine Strafe von 14 Jahren 11 Monaten Zuchthaus. Während der Beratung des Gerichtshofes wurden die Geschworenen darüber klar, daß sie sich zu Ungunsten des Angeklagten geirrt hatten und vor der Verkündung des Urteils erklärte der Obmann, er habe von den Geschworenen einstimmig den Auftrag erhalten, zu erklären, daß sie sich bei der Beratung bezüglich einer Frage zu Ungunsten des Angeklagten geirrt hätten. Die Geschworenen hätten, nochmals beraten zu dürfen. Das Gericht beschloß, daß das Berichtigungsverfahren zulässig sei. Die Geschworenen zogen sich hierauf zu einer neuen Beratung zurück und bejahten dann nur die Schuldfrage nach verjühtem schweren Raub unter Jubilligung mildernden Umstände.

### Einiger der „heiligen drei Könige“ vor Gericht.

Ein lustiger Epilog zum Karneval, lustiger, als manche ausgelassene Szene aus dem übermütigen Maskentreiben, spielte sich dieser Tage vor dem Bezirksgericht in Trief ab. Der Arbeiter Gmiespe Sijich war in der Fastnacht von einem Schutzmann verhaftet worden, weil er nur mit einer schwarzen Badehoje bekleidet, den nackten Körper mit schwarzer Farbe bemalt und einen Zylinder mit einem darauf gemalten Kometen auf dem Kopf in einem Restaurant gebettelt hatte. Jetzt sollte er sich wegen Bettelns und Ueber-tretung gegen die öffentliche Sittlichkeit vor Gericht verantworten. Zwischen dem erregten Angeklagten und dem Richter entspann sich folgender amüsanter Dialog:

Angekl.: „Schaun's, Herr Präsident, ich verkeh nimmer, wie man mich verhaften konnte. Gibt's denn keine Maskenfreiheit mehr? Ich war doch als einer der heiligen drei Könige kostümiert. Ich war nämlich der Araberkönig!“

Richter: „Und warum haben Sie gebettelt?“

Angekl.: „Ich gebettelt? Ich habe nur den Gästen die Innenseite des Zylinders gezeigt, weil halt innen auch ein Komete aufgemalt war.“

Richter: „Was brauchen Sie überhaupt als Araber einen Zylinder, zumal Sie doch sonst ganz nackt waren, worüber auch mehrere Damen in dem Restaurant ent-räufert waren.“

Angekl.: „Bitt' schön, Herr Richter. Ich war ja nicht nackt, sondern am ganzen Körper mit Farbe be-kleidet.“

Das Gericht hatte aber absolut kein Verständnis für diese Maskenfreiheit, sondern verurteilte den Angeklagten zu drei Tagen Arrest.

## Bermischtes.

### Friedrich v. Flotow.

Hundert Jahre sind vergangen, seit der Komponist von „Alessandro Stradella“ und „Martha“ auf dem Rittergut Teutendorf in Mecklenburg geboren wurde. Seine musikalische Ausbildung erhielt Flotow in Paris, wo er unter Anton Reichers 1827 bis 1830 studierte. Beim Ausbruch der Julirevolution verließ er Frankreich, lehrte aber wenige Jahre später nach Paris zurück und errang dort seine ersten, allerdings nicht sonderlich weittragenden Erfolge als Opernkomponist. Paris blieb auch weiterhin sein nach mehrfachen Unterbrechungen immer wieder aufgesuchter Lieblingsaufenthalt. Diese Neigung zu französischem Wesen wird auch in Flotows Kunst deutlich erkennbar. Ihre bestgelungenen Erzeugnisse: die 1844 in Hamburg zum erstenmal aufgeführte Oper „Alessandro Stradella“ und die 1847 in Wien gegebene „Martha“, die sich heute noch auf deutschen Bühnen behaupten, zeichnen sich durch Leichtflüssigkeit und bequeme Eingänglichkeit der Melodik, durch die gefällige Grazie der Form und eine pikante, zuweilen an Offenbach gemahnende Rhythmik aus. Sie ist das charakteristische Produkt einer Zeit, deren Anforderungen an die geistige Bedeutsamkeit des musikalischen Bühnenerwerkes auf ein Minimum gesunken waren und die solche Werke am höchsten schätzte, die dem denktrügen Unterhaltungsbedürfnis am willigsten entgegenkamen. Flotows dauernde Wirkung in Deutschland mag zum Teil auf seiner Neigung zu stark ausgeprägter, mit banalen Rührungseffekten operierender Sentimentalität beruhen, zum Teil auch auf den überaus dankbaren Aufgaben, die seine Werke den Vertretern der Hauptpartien bieten. Flotow hat die Hauptperioden seines Ruhmes lange überlebt. Er starb am 24. Januar 1883 in Darmstadt, wo sein hundertster Geburtstag seit durch eine Gedenkfeier begangen wurde.



Wildbad, den 30. April.

Die Fenster auf! Oft sagt man, daß die Zeit eifern ihren Weg geht, unbekümmert um Menschenwille und Menschenstichale. Aber Mutter Natur geht gar liebe Wege; sie führt uns aus den Tiefen des Lebens auf rauhen Pfaden zu lichten, nie gekannten Höhen, dem Glücksempfinden. Die Zeit sie heilt jeden Schmerz, den sie geschlagen und bietet der wunden Seele einen reichen Trost in der Schönheit der neu erstandenen Natur. Überall ist ein Grünen und Blähen, lauter Jubel klingt aus den Kehlen unserer gesiederten Säger und der sanfte Wind läßt einen Blütenregen nieder, aus dem Füllhorn des blonden Maienknaaben. Ganz leise ist er gekommen und klopfte an unsere Herzen, ganz sachte und es öffnete sich ein jegliches. Die Herzen auf, es kommt ganz sacht, mit Blüten beladen der Maienknaab, der gießt in alle Herzen ein, die große Sehnsucht, glücklich zu sein. Was mag da erst im Herzen der Maiengeborenen für ein Glücksempfinden sein? In ihnen ist jetzt der Sonnenschein selbst und aus ihren Augen quillt der frohe Lebensquell.

Die Fenster auf, die Herzen auf!  
Geschwinde, geschwinde!  
Zum Angriff schlägt die Nachtigall,  
Und horch! und horch! ein Widerhall,  
Ein Widerhall aus meiner Brust!  
Herein, herein, du Frühlingsluft.

\* Eine stattliche Schar von wohl 200 jungen Leuten, die sich zur Bezirkskonferenz der evang. Jünglingsvereine des Oberamts Neuenbürg hier zusammengefunden hatten, füllten am letzten Sonntag Nachmittag die Kapelle unserer Kirche, während im Schiff noch mehr Teilnehmer aus der hiesigen Gemeinde Platz gefunden hätten. Besonders erwünscht wäre ein regeres Interesse der Männerwelt an solchen Veranstaltungen; ist doch die Arbeit an der Jugend zu einer der ernstesten und brennendsten Aufgaben unserer Zeit geworden. — Die Predigt hielt der Bundessekretär des Süddeutschen Evang. Jünglingsbundes, Herr Pfarrer Kohler von Stuttgart, über Nehem. 4, 10, und zeigte mit ersten, überzeugenden Worten die Arbeit, die jeder im Jünglingsverein zu tun, und den Kampf, den jeder mit sich selbst und nach außen hin zu führen hat, zum Schluß noch darauf hinweisend, wie wichtig es sei, daß eine geschlossene Schar der Alten hinter den Jungen stehe und ihnen dadurch Mut und Freudigkeit zum Arbeiten und Kämpfen stärke. Die gemeinsamen Gesänge begleiteten die vereintenposaunen des Neuenbürgers und Calmbachers Vereins. An den Gottesdienst schloß sich ein geistliches Zusammensein im Gasthof zum „Lühlen Brunnen“, bei dem noch manche Vereinsmitglieder durch Deklamationen und eine kleine Auf-führung zur Verschönerung des Tages beitrugen. Im Mittelpunkt stand eine Besprechung über die gegenwärtig sehr aktuelle Frage unserer Stellung zu der erst in den letzten Monaten aufgetauchten, aber schon überall erfolgreich ins Werk gesetzten nationalen Jugendbewegung „Jung-Deutschland“. Aus dem umfassenden Bericht, den Herr Pfarrer

Kohler über die eingehenden Verhandlungen zwischen der Leitung dieser Jung-Deutschland-Bewegung und dem Süddeutschen Jünglingsbund gab, ist besonders die erfreuliche Tatsache hervorzuheben, daß, wenigstens was unsere wä-tembergischen Verhältnisse betrifft, beide Organisationen in vollem gegenseitigen Einverständnis und in freundschaftlichem Zusammenwirken ihre Arbeit an der Jugend zu tun bereit sind. — Schneller, als erwünscht, war die Zeit des schönen Zusammenseins vorüber und während der 6 Uhr-Zug die en-fernteren Konferenzteilnehmer entführte, marschierte der Calmbacher Verein in geschlossener Kolonne unter Vorantritt seiner Musik, wie er auch eingezogen war, der Heimat zu. Möge alle Teilnehmer neue Anregung mit heimgenommen haben zum Segen unserer Vereinsarbeit im Neuenbürger Bezirk!

**Eine interessante Schultheißen-Wahl.**  
Ein geborener Wildbader, Herr Robert Schmid, Sohn der Pfälzerers-Witwe Schmid hier, wurde gestern mit 143 Stimmen zum Schultheißen der etwa 1000 Einwohner zählenden Gemeinde Niederich bei Nellingen gewählt. Auf seinen Gegner waren nur 16 Stimmen ent-fallen. Schmid war bereits zweimal gewählt, der Wahl jedoch jedesmal die Bestätigung versagt worden, weil der Gewählte noch nicht das erforderliche Alter erreicht hatte. Daß die Regierung selbst ein Interesse an der Wahl hatte, beweist wohl der Umstand, daß sie den entscheidenden Wahl-gang bis jetzt, zwei Tage nach Schmid's Geburtstag, ver-schoben hat.

**Bekanntmachung.**

Bestehender Vorschrift gemäß werden in nachstehendem die wesent-lichen Bestimmungen über das

**polizeiliche Meldewesen**

- veröffentlicht.
1. Gastwirte sind verpflichtet, über die bei ihnen übernachtenden Personen fortlaufende Verzeichnisse (sogen. Nachtbücher) zu führen, in welchen der Tag der Aufnahme und der Abreise, der Name, der Stand oder das Gewerbe und der Wohnort des Uebernachtenden einzutragen ist. Die Uebernachtenden sind zur Erteilung einer wahrheitsgemäßen Auskunft verpflichtet.
  2. Personen, welche das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben, sind verpflichtet:
    - a. beim Anzug sich bei der Polizeibehörde binnen 6 Tagen schrift-lich oder mündlich anzumelden.
    - b. beim Wegzug sich bei der Polizeibehörde schriftlich oder münd-lich abzumelden und hiebei anzugeben, wohin sie zu verziehen gedenken. Beim An- und Wegzug von Familien genügt die An- und Abmeldung durch das Familienhaupt.
  3. Alle Neuanziehenden haben sich über ihre Staatsangehörigkeit und ihre Militärverhältnisse auszuweisen und sind zur Aus-kunfterteilung über ihre sonstigen persönlichen und Familien-verhältnisse verpflichtet. Auch haben sie die ihnen an ihrem bisherigen Aufenthaltsort ausgestellte Abmeldebescheinigung vor-zulegen.
  4. Weiterhin haben die Pflicht zur Anmeldung innerhalb 3 Tagen:
    - a. Arbeitgeber, Lehrherren und Dienstherrenschaften für die eintreten-den Arbeiter, Lehrlinge und Dienstboten.
    - b. Personen, welche Wohnräume oder Geschäftslökalen vermieten, oder Pächter, Schüler oder Kostkinder bei sich aufnehmen. Der Austritt bzw. Auszug muß ebenfalls angezeigt werden. Insofern eine Anmeldepflicht im Sinne des Kranken- und Ju-validenversicherungsgesetzes besteht, so kann diese mit der poli-zeilichen Meldung verbunden werden.
- Sämtliche Formulare können unentgeltlich bei der Ortspolizei-behörde bezogen werden. Verfehlungen gegen die Meldeborschriften werden nach Art. 15 des Polizeistrafgesetzes bestraft. Die ortspolizeiliche Vorschrift betr. die An- und Abmeldung der durchreisenden Fremden in der Stadt Wildbad mit den Parzellen Windhof, Sommerberg und Hochwiese vom 28. Februar 1910 bleibt durch Vorstehendes unberührt.

Wildbad, den 25. April 1912.  
Stadtschultheißenamt: Böhner.

**Restaurant Jägerstüble.**

Morgen Mittwoch  
große  
**Schlachtpartie**



wozu höflichst einladet  
**A. Huh.**

**Geschäftshaus = Verkauf.**

Sehe mein Anwesen, Hauptstraße 133, mit oder ohne  
Warenlager

**dem Verkaufe aus.**

Das Haus eignet sich durch seine günstige Lage für  
jedes Geschäft.

**E. Blumenthal,**  
Kirnma C. Oberlehen.

**Turn-  
Verein**  
Wildbad.

Unserem Schriftführer  
**Wilhelm Schill**  
gratulieren wir zu seinem neuen Ehrenamt als Vizekommandant der Freiwill. Feuerwehr.

**Der Vorstand.**

Mit Grundner's  
**Schnellglanz-Pulver**



gelangen Sie zum Ziel!

Neue ägyptische  
**Speise-Zwiebeln**

empfehlen  
**Chr. Batt We.**

**Danksagung.**



Für die überaus wohlthuende Teilnahme und für die reichen Blumenpenden beim Tode unserer innigstgeliebten, unvergesslichen Mutter spricht den tiefgefühltesten Dank

aus

im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Frau J. Bicker.**

**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Anteil-nahme während der Krankheit und dem Hinscheiden unserer lieben unvergesslichen Mutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

**Katharine Treiber,**  
Holzhauerwitwe, geb. Auer

die wir von allen Seiten erfahren durften, für die zahl-reichen Blumenpenden, den erhabenden Gesang der Herren Lehrer, sowie den Herren Trägern sagen herzlichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

**Ritzchen** ganz oder geteilt empfiehlt  
**Adolf Blumenthal.**

**Brennholz** kurzgefäht und trocken liefert prompt  
**Windhoffäge Wildbad.**

**Wildbad — Neuenbürg — Pforzheim**

Wildbad ab	4.43	5.12		5.50	7.08	9.16	9.55	11.04	1.28	2.43	3.39	5.40	5.56	7.00	7.06
Calmbach "	4.48	5.17		5.55	7.11	9.21	10.00	11.11	1.34		3.44	5.45	6.01		7.12
Höfen "	4.53	5.21		6.00	7.16	9.27	10.06	11.18	1.39		3.48	5.50	6.06		7.17
Rotenbach "	4.58	5.27		6.07	7.21	9.32	10.11	11.26	1.44		3.54	5.56	6.11		7.22
Neuenbürg St. "		5.32		6.12	7.27		10.16		1.50		3.59	6.02	6.17		7.28
Neuenbürg "	5.05	5.36	6.02	6.17	7.30	9.39	10.20	11.33	1.53	2.56	4.03	6.07	6.23		7.32
Engelsbrand "	5.08	5.40	6.10		7.34				1.58			6.11	6.27		7.35
Birkenfeld "	5.14	5.46		6.24	7.39	9.47	10.27	11.44	2.04		4.10	6.17	6.33		7.41
Brötzingen "	5.19	5.51		6.29	7.44	9.52	10.32	11.49	2.10		4.15	6.22	6.38		7.47
Pforzheim an	5.24	5.56	6.19	6.34	7.50	9.57	10.37	11.54	2.15	3.08	4.20	6.27	6.43	7.52	

**Pforzheim — Neuenbürg — Wildbad**

Pforzheim ab	5.35	8.13		9.38	10.24	11.36	12.18	1.07	2.05	2.16	2.29	4.32	5.00	5.46	5.57
Brötzingen "	5.41	8.23			10.32		12.27	1.13		2.22	2.35	4.38	5.06		6.03
Birkenfeld "	5.47	8.28			10.38		12.32	1.19		2.27	2.41	4.43	5.13		6.09
Engelsbrand "		8.35					12.39	1.27		2.35	2.49		5.21		6.17
Neuenbürg "	5.57	8.40	9.15	9.54	10.49	11.52	12.45	1.33	2.21	2.40	2.57	4.54	5.27	6.08	6.25
Neuenbürg St. "	6.00	8.43					12.48	1.36		2.44	3.00	4.57			6.29
Rotenbach "	6.07	8.49			10.57		12.55	1.45		2.53	3.07	5.04			6.35
Höfen "	6.13	8.55		10.06	11.04		1.01	1.52		3.00	3.14	5.10			6.42
Calmbach "	6.19	9.01			11.11		1.07	2.00		3.06	3.20	5.16			6.48
Wildbad an	6.26	9.08	9.36	10.17	11.20	12.13	1.15	2.09	2.42	3.15	3.29	5.24	6.42	7.20	8.40